

«Man hat in der Integration vieles versäumt»

Simonetta Sommaruga im Interview



Bundesrätin Simonetta Sommaruga. (Bild: Reuters)

Die Justizministerin Simonetta Sommaruga kritisiert die Asylpolitik der vergangenen 20 Jahre: Man habe weder die Probleme gelöst noch Vertrauen in der Bevölkerung geschaffen. Ihr Departement analysiert auch die Lage in Ägypten aufmerksam.

Interview: Stefan Bühler, Heidi Gmür

NZZ am Sonntag: Wie beurteilen sie die Ereignisse in Nordafrika aus Sicht der Migrationspolitik?

Simonetta Sommaruga: Wir analysieren die Lage aufmerksam. Krisenstimmung haben wir nicht. Aber wir sind uns bewusst, dass die Ereignisse in Ägypten grössere Migrationsbewegungen bis hin zu Flüchtlingsströmen auslösen könnten. Diese würden sicher auch die Schweiz betreffen. Denn die Wege von Nordafrika über das Mittelmeer und Italien oder via Türkei zu uns sind kurz.

Was unternehmen Sie?

Ich werde alles dafür tun, dass wir vorbereitet sind, sollte eine grössere Anzahl Menschen aus Nordafrika zu uns flüchten. Dabei stützen wir uns auch auf die Erfahrungen aus dem Kosovokrieg, als Ende der 90er Jahre 50000 Menschen in die Schweiz flüchteten. Wir arbeiten auch mit den Staaten des Schengen-Dublin-Abkommens eng zusammen. Davon profitieren wir, denn müssten wir das alleine analysieren und allenfalls Massnahmen vorbereiten, wären wir überfordert.

Was sagen diese Analysen über die Auswirkungen auf die Schweiz, wenn die Lage in Ägypten oder weiteren Staaten noch mehr eskaliert?

Es gibt verschiedenste Szenarien. In Ägypten halten sich nebst den Einheimischen

auch viele Leute aus anderen afrikanischen Staaten auf. Nun stellt sich die Frage, wer und welche Personengruppen sich zum Beispiel im Falle eines Bürgerkriegs wohin verschieben würden. Dabei geht es nicht nur um die Auswirkungen auf die Schweiz, sondern auch um die Frage, wie es diesen Menschen geht. Und was die Schweiz zusammen mit den Dublin-Staaten beitragen kann, dass die Lage eben möglichst nicht eskaliert und man der Bevölkerung vor Ort helfen kann.

Laut Wahlbarometer ist die Migration das grösste Problem der Bevölkerung. Was ist Ihre grösste Sorge für die Schweiz?

Meine grösste Sorge ist, dass sich die Menschen zu wenig für Politik interessieren. Ich wünsche mir, dass sie sich mit den Fragen und Problemen, die uns beschäftigen, auseinandersetzen und sich nicht damit begnügen, Zeichen zu setzen. Wobei ich mir bewusst bin: Das ist anstrengend und anspruchsvoll, für das Funktionieren der direkten Demokratie aber zwingend.

Was heisst das, bezogen auf das Ausländerthema?

Dass es nicht reicht, einfach zu fordern: Ausländer raus! Oder: Ausländer rein! Ich möchte die Leute dafür gewinnen, dass sie die Fragen der Ausländerthematik an sich heranlassen.

Ist das Interesse an der Politik tatsächlich gesunken? Die Stimmbeteiligung nimmt doch eher zu.

Ich sage nicht, dass sich die Leute von der Politik abwenden. Aber beim Thema Ausländer gibt es zum Beispiel das Dilemma, dass die Wirtschaft zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland braucht, zugleich aber Ängste da sind, es kämen zu viele. Jeder Bürger, jede Bürgerin muss differenziert bleiben; es reicht nicht, einfach für die in Bern ein Zeichen zu setzen.

Was meinen Sie mit «Zeichen setzen»?

Die Minarett-Initiative ist ein typisches Beispiel. Hier ging es wohl kaum um die Bauten an sich, sondern vielmehr darum, ein Unbehagen auszudrücken. Das Ziel von Gesellschaft und Politik muss sein, diesem Unbehagen gegenüber dem Fremden zu begegnen, indem wir die echten Probleme erkennen und zu lösen versuchen.

Inwiefern ist das Unbehagen berechtigt?

Sagen wir, es ist nachvollziehbar. Aus zwei Gründen: Die Sicherheit im öffentlichen Raum ist tatsächlich beeinträchtigt.

Wegen der Ausländer?

Nicht nur, aber auch. Die Kriminalitätsrate zeigt, dass es einen Konnex Unsicherheit-Kriminalität-Ausländer gibt.

Und der zweite Grund?

In einem grösseren Kontext sorgen auch die Globalisierung und Ereignisse wie die Finanzkrise für Verunsicherung.

Inwiefern?

Viele haben das Gefühl, dass ihnen die Welt entgleitet. Zum Beispiel das Grounding der Swissair – das hat die Schweiz geprägt. Oder als der Staat über 60 Milliarden Franken zur Rettung der UBS aufbringen musste – da wurden Grundfesten erschüttert. Da reicht es nicht, zu sagen, die Schweiz sei das sicherste Land, habe die Krise besser als alle anderen überstanden.

Ihre Analyse bedeutet aber auch, dass die Ausländer als Projektionsfläche für gewisse Ängste herhalten müssen.

Es war immer so, dass man sich in Zeiten der Unsicherheit auf sich selbst, auf sein Land, seine Religion oder Hautfarbe zurückbesonnen hat und das Fremde als Projektionsfläche diente. Das ist nicht neu. Trotzdem ist es in der Schweiz immer noch so, dass Ausländer, die man persönlich kennt – die Putzfrau, der Arbeitskollege aus Serbien, die Kellnerin – akzeptiert sind. Die Gräben werden dort aufgerissen, wo der Kontakt nicht vorhanden ist.

Beunruhigt die Stimmung im Land Sie nicht? Es ist neu, dass Initiativen, die sich gegen Ausländer richten, mehrheitsfähig sind.

Die Minarett-Initiative war nicht einfach ein islamfeindlicher Akt, die Ausschaffungsinitiative richtete sich auch nicht einfach gegen die Ausländer, sondern gegen kriminelle Ausländer. Dass aber Ausländer und der Islam zu Feindbildern werden können, ist eine Tatsache. Ich fände es falsch, diese Ängste einfach herunterzuspielen und die Fragen zu verdrängen.

Sie sprachen vom Dilemma, dass wir ausländische Arbeitskräfte brauchen, viele zugleich aber das Gefühl haben, diese Ausländer bedrängten uns. Wie ist dieser Widerspruch aufzulösen?

Lösbar ist dieser Widerspruch wohl kaum. Hingegen sind die Fragen, die viele sich stellen, berechtigt: Müssen wir irgendwann Stopp sagen? Hat diese Wirtschaft denn nie genug Arbeitskräfte? Geht das denn immer so weiter? Um ehrlich zu sein: Ich glaube, im Moment müssen wir diese Spannung einfach aushalten. Gehen Sie ins Gastgewerbe, in den Pflegebereich: Da wird jedem klar, dass es ohne Ausländer gar nicht ginge.

Also kann man nichts tun?

Doch, denn je besser Ausländer integriert sind, desto weniger werden sie als Problem wahrgenommen. Da hat man in den letzten Jahrzehnten vieles versäumt. Man holte billige, niedrig qualifizierte Arbeitskräfte – und überliess sie sich selber. Wenn Ausländer keine Berufslehre absolviert haben und unsere Sprache nicht können, sind sie massiv gefährdet, arbeitslos und sozialhilfeabhängig zu werden.

Wie wollen Sie das ändern?

Ich möchte im Bereich der nachholenden Integration etwas machen. Heute holt die Wirtschaft immer mehr hochqualifizierte Leute, die aber vergleichsweise günstig sind. Diese verdrängen die bereits anwesenden niedrigqualifizierten Ausländer aus dem Arbeitsmarkt. Und schon steigt die Zahl der arbeitslosen Ausländer, mit denen man wieder ungute Gefühle schüren kann.

Mit anderen Worten: Man muss die tiefer qualifizierten Leute in der Schweiz fitter für den Arbeitsmarkt machen, damit die Wirtschaft weniger Bedarf an Neuzuzüglern hat.

«Fitte» Personen für den Arbeitsmarkt – das wäre eines meiner Ziele. Aber ich will niemandem etwas vormachen: Es werden weiterhin auch neue Ausländer in die Schweiz kommen, und wir brauchen diese auch. Bei ihnen müssen wir möglichst früh ansetzen und ihre Integration fördern und auch einfordern.

Auch mit Zwang?

Für mich bedeutet Integration Gegenseitigkeit und Verbindlichkeit. Wir können Anreize setzen, müssen aber auch Bedingungen stellen. Im Moment klären wir, wie das gesetzlich verankert werden kann.

Sie haben soeben auch ein Kontingent Iraker aufgenommen. Wie passt das zu Ihren Ausführungen?

Das sind 35 anerkannte Flüchtlinge. Die sind irgendwo auf der Welt und können nirgendwohin. Ich bin überzeugt, dass wir für diese Leute in der Schweiz Platz haben. Wir müssen uns bewusst sein, dass der allergrösste Teil der Flüchtlinge nie in die Schweiz kommt, nicht einmal nach Europa. In Syrien leben eine Million Flüchtlinge. Da muss man auch die Dimensionen wahren.

Werden Sie weitere Kontingente aufnehmen?

Aus meiner Sicht sollte das nicht einfach ein einmaliger, symbolhafter Akt bleiben. Wir bleiben im Gespräch mit dem UNHCR. Über grössere Kontingente wird der Bundesrat entscheiden.

Gleichzeitig konstatieren Sie aber auch eine Krise in der Asylpolitik.

Ich sprach von einer Krise der Glaubwürdigkeit. Die Asylpolitik ist in der Bevölkerung zu wenig verankert. Die Politik machte ihr in den letzten zwanzig Jahren vor, mit zahlreichen Verschärfungen des Asylgesetzes werde man die Schweiz für Asylsuchende unattraktiv machen. Mit diesen Revisionen hat man weder die Probleme gelöst noch Vertrauen in der Bevölkerung geschaffen.

Sie finden die Verfahren zu lange, orten Probleme beim Vollzug. Diese Probleme sind seit langem erkannt. Was wollen Sie anders tun als Ihre Vorgänger?

Ich werde nicht einfach alles anders machen. Im Asylbereich wird einem oft unterstellt, entweder zu lasch oder zu hart zu sein. Ich habe vielleicht den Vorteil, dass man mich weder des einen noch des anderen verdächtigen kann. Das Resultat können Sie später beurteilen.